

Dienstag, 12. Januar 2021 [Fischland-Darss-Zingst und Umgebung](#)

Holm: Borner Alternative fürchtet finanzielles Desaster

Wählergemeinschaft glaubt, dass Rückabwicklung teuer zu stehen kommt

Von Timo Richter



Erschließungsarbeiten auf dem Borner Holm sind bereits erfolgt. Timo Richter

Born. Borner Holm? Da war doch was. Das Gemeindeprüfungsamt hat den Polder vor den Toren Borns nach Jahren des Vergessens wieder ans Tageslicht geholt – und die Wählergemeinschaft Borner Alternative an ihre immer schon geäußerte Kritik an einer teilweisen Bebauung des Landschaftsschutzgebietes mit Ferienhäusern erinnert. Gesehen werden vor allem finanzielle Risiken infolge der Planungen, die sich auch aktuell auf die Finanzkraft des Boddendorfes auswirken können. Betrachtet haben die Prüfer der Kreisverwaltung die Haushaltsjahre 2010 bis 2016.

Wie ein Damoklesschwert hängt die Normenkontrollklage des Bundes für Naturschutz Deutschland gegen das Vorhaben in der Luft. Eine endgültige Entscheidung gibt es noch nicht, seit Jahren ist das Areal verwaist, deutliche Spuren der begonnenen Erschließung des Areals sind beredtes Zeugnis eines zurückliegenden Zerwürfnisses in der Gemeindevertretung.

Furcht vor Kosten

Die möglichen Risiken treiben Albrecht Kiefer (Wählergemeinschaft Borner Alternative) um. Der Gemeindevertreter glaubt nicht, dass bei einem negativen Urteil, also Ende der Planungen, die finanziellen Mittel der Gemeinde ausreichen, um die Verträge und Handlungen kostenneutral rückabwickeln zu können. Zu sehr, so dessen Einschätzung, habe die Kommune Risiken in dem Bereich leichtfertig übernommen.

Während die Wählergemeinschaft den Bericht des Gemeindeprüfungsamtes wie eine Bibel vor sich trägt, wurde der in der jüngsten Zusammenkunft der Gemeindevertreter möglichst bedeckt gehalten. Keine längere Aussprache in der Gemeindevertretung, nur eine im Bauausschuss – das sollte laut dem Vorsitzenden des Gremiums, Carsten Ludwig-Grosse (Liste Bürger für Born), ausreichen. Außerdem werde der Bericht des Gemeindeprüfungsamtes öffentlich ausgelegt.

Furcht vor Verlusten

Im Einzelnen: Was die Gemeinde im Jahr 2014 tatsächlich zu welchem Preis verkauft hat, steht laut Albrecht Kiefer nicht fest. Wohl aber, dass die Kommune unterm Strich schlechter weggekommen ist als eine weitere Grundstückseigentümerin. Immerhin hat die Gemeinde seinerzeit rund 1,5 Millionen Euro für ihre Grundstücke erzielt, weitere etwa zwei Millionen Euro flossen an die Kommune für Erschließung und Ausgleichsmaßnahmen.

Von diesem Posten allerdings ist nicht mehr viel übrig. Die Ausgleichsfläche in Bresewitz sowie die nach Einschätzung der Borner Alternative viel zu früh begonnene Erschließung des Holms hätten diese Einnahmen zu einem großen Teil aufgezehrt. Von einer Rückstellung für den Fall eines gerichtlichen Versagens der Planungen auf dem Holm, sei im gerade beschlossenen Etat der Kommune für dieses Jahr nichts zu erkennen, so die Kritik aus der Wählergemeinschaft.

Furcht vor Ungleichbehandlung

Besonders schmerzt die Wählergemeinschaft eine vermeintliche Ungleichbehandlung. Im Bericht des Gemeindeprüfungsamtes wird die explizit genannt: Die Complar Born GmbH hat für ihre Grundstücke einen höheren Verkaufspreis erzielt als die Kommune und von späteren Aufwendungen etwa für die Erschließung ist die Firma mit Sitz in Liechtenstein freigestellt. Der einstige Wiecker Bürgermeister Bernhard Evers, seinerzeit als Rechtsanwalt eigens für die Transaktionen auf den Darß geholt, habe ganze Arbeit geleistet, sagt Albrecht Kiefer – zulasten Borns. Denn die Kommune habe sich mit einem Pauschbetrag für die Erschließung abspeisen lassen. Im Falle einer Rückabwicklung trage Born das finanzielle Risiko allein. Dass Erschließungskosten heute anders bewertet würden als vor vier Jahren, daran hat Albrecht Kiefer keinen Zweifel – und sieht schon hohe Kosten auf die Gemeinde zukommen. Verabredet wurden seinerzeit Pauschbeträge: Bei einer günstigen Erschließung macht die Gemeinde plus, steigen die Kosten, zahlt die Kommune drauf. Überhaupt seien die Erschließungskosten viel zu hoch. Die Borner Alternative fürchtet, dass nicht nur die knapp 50 Ferienhäuser gebaut werden, sondern

nach einer Schamfrist auf die ursprünglich geplanten weiteren 50 Ferienhäuser. Die Dimensionen der angeblich zu teuren Erschließung ließ das locker zu.

Furcht vor Gericht

Geradezu genüsslich zitiert Albrecht Kiefer aus einem Schreiben der Kreisverwaltung von vor einigen Jahren. Da wird die Kommune gewarnt, die Baufläche aus dem Naturschutzgebiet herauslösen zu wollen beziehungsweise einen Sonderstatus zu erreichen. Eine Klage sei wahrscheinlich. In der Begründung des Normenkontrollverfahrens gegen das Vorhaben würden sich diese Argumente eins zu eins wiederfinden, so Albrecht Kiefer.

Ungeachtet eines Urteils vermisst der Gemeindevertreter eine haushälterische Strategie, um eventuelle Forderungen der Investorin begleichen zu können. Im aktuellen Etat jedenfalls erkenne er keine Posten, um beispielsweise fristgerecht Kaufpreise oder Beiträge für Erschließung beziehungsweise Ausgleichsmaßnahmen ersetzen zu können, ohne dass die liquiden Mittel aufgebraucht würden. Umso mehr drängt die Wählergemeinschaft auf eine Aussprache in der Gemeindevertretung.